

KLEINE ANFRAGE

des Abgeordneten Torsten Koplín, Fraktion DIE LINKE

**Konzept zur Sicherung und Gestaltung des ehemaligen KZ-Außenlagers
„Waldbau“ in Neubrandenburg als Gedenkort**

und

ANTWORT

der Landesregierung

In ihrer Antwort auf die Kleine Anfrage auf Drucksache 7/1774 informierte die Landesregierung über eine beabsichtigte Beratung auf Einladung des Ministeriums für Landwirtschaft und Umwelt, in der es um weitere Schritte zur „Erarbeitung eines Konzepts zur Sicherung, Erschließung, Planung und Gestaltung“ des ehemaligen KZ-Außenlagers „Waldbau“ in Neubrandenburg gehen sollte. Nach vorliegender Erkenntnis hat diese Beratung im April d. J. stattgefunden.

1. Welche Ergebnisse brachte die Beratung zur Klärung von Verfahrensschritten hinsichtlich eines Konzepts zur Sicherung und Gestaltung des ehemaligen KZ-Außenlagers „Waldbau“ Neubrandenburg?
2. Wofür und wie sollen die im Strategiefonds für den Gedenkort ehemaligen KZ-Außenlager „Waldbau“ vorgesehenen Mittel verwendet werden?

Die Fragen 1 und 2 werden zusammenhängend beantwortet.

Auf Einladung des Ministers für Landwirtschaft und Umwelt fand das in der Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage auf Drucksache 7/1774 angekündigte Gespräch am 3. April 2018 statt. Daran nahmen neben dem Minister für Landwirtschaft und Umwelt Vertreter der Stadt Neubrandenburg, des Landkreises Mecklenburgische Seenplatte, des Ministeriums für Landwirtschaft und Umwelt und der Landeszentrale für politische Bildung Mecklenburg-Vorpommern teil.

Die Gesprächsteilnehmer waren sich einig, dass neben einer Dokumentation des Lagers „Waldbau“ in Bild und Text auch ein Konzept erstellt werden soll, das Wege der Erlebbarkeit der Fläche aufzeigt. Außerdem bestand Einigkeit, dass ein in der Region mit historischen Themen erfahrener Träger bezüglich der Umsetzung angefragt werden soll.

Daraufhin fand am 18. Juni 2018 auf Einladung der Stadt Neubrandenburg mit Vertreterinnen und Vertretern der Stadt Neubrandenburg, des Landkreises Mecklenburgische Seenplatte, der Landesforst Mecklenburg-Vorpommern, der Landeszentrale für politische Bildung Mecklenburg-Vorpommern, des Projekts „Zeitlupe“ der Regionalen Arbeitsstelle für Bildung, Integration Mecklenburg-Vorpommern e. V. (RAA Mecklenburg-Vorpommern e. V.), der Kurt und Herma Römer Stiftung und der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück eine Beratung auf Arbeitsebene statt.

Hier wurden die notwendigen Eckpunkte eines Konzeptes und Möglichkeiten der Umsetzung diskutiert. Im Ergebnis stellt der RAA Mecklenburg-Vorpommern e. V. einen Antrag auf Umsetzung eines Projektes, das sowohl eine Dokumentation als auch konkrete Vorschläge zur Erlebbarkeit und praktischen Nutzung des Ortes für pädagogische Arbeit umschließt.